



## Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V.

Herrn Oberbürgermeister  
Christian Schuchardt  
Rückermainstr. 2

97070 Würzburg

1. Vorsitzender Michael Kraus  
Mittlerer Katzenbergweg 43  
97084 Würzburg  
Tel.: 0931-6193376  
Mobil: 0160 / 2795704  
[michel@pkx12.de](mailto:michel@pkx12.de)  
[www.wuerzburg-tunnel.de](http://www.wuerzburg-tunnel.de)

Würzburg, 29. Oktober 2014

### **Offener Brief der BI Würzburg-Tunnel an Oberbürgermeister Schuchardt – Keine Kommunikation, aber massive Vorwürfe: Sieht Partnerschaft so aus?**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuchardt,

nach Auskunft der Pressestelle sind Sie für den Beitrag aus dem Mainfrankenkurier dieses Monats Oktober vollinhaltlich verantwortlich, den das Blatt wortwörtlich von Ihnen übernommen hat. Auf Ihre Mitteilung in dieser öffentlichen Form antworten wir Ihnen direkt in einem Offenen Brief.

Die Umwelt- und Gesundheitsinitiative entnimmt diesem Beitrag mit Bestürzung, wie Sie zu unserer Initiative stehen. Sie beginnen mit:

„... die **sogenannte** Umwelt- und Gesundheitsinitiative ...“. Mit „sogenannt“ stellt man eine Aussage in Frage, in diesem Fall die Motive der Initiative, wirklich für Umwelt und Gesundheit tätig zu sein.

Dabei dürfte Ihnen bekannt sein, dass es den Mitbegründern der BI, dem Kardiologen Prof. Wolfram Voelker sowie dem Apotheker Reiner Schunk, vor allem um die Gesundheit der Würzburger ging, die sie durch die Schadstoffemissionen von der A3 massiv gefährdet sehen. Sie wollten die A3 in einen Tunnel verlegt haben, um die Belastung zu reduzieren. Dieses Anliegen haben die Bürger der Initiative im Einvernehmen mit Prof. Voelker durchgehend bis heute weiterverfolgt, was sämtlichen Aktivitäten zu entnehmen ist.

Sie schreiben, „die **Stadt ist Partner der BI**“: Das Wort Partner suggeriert eine Zusammenarbeit in wohlwollendem Entgegenkommen. Es wäre schön, wir würden etwas davon merken. Den Ablauf des Hearings hat die Stadt mit Bevorzugung der Autobahndirektion, nicht der Bürger geplant. Nach dem Hearing haben sich die städtischen Vertreter zwar lebhaft mit den Vertretern der Autobahndirektion ausgetauscht, jedoch kam niemand auf die Initiative zu, auch nicht, um die Ergebnisse auszuwerten. Danach fand bis heute kein einziges Gespräch statt, es besteht faktisch kein Kontakt mehr. Statt die Bürgerinitiative über Arbeitsschritte auf dem Laufenden zu halten, behindert die Stadt sogar die Arbeit der Initiative, indem sie Anträge auf Akteneinsicht verschleppt und behindert.

Verstehen Sie das unter Partnerschaft?

Bestünde tatsächlich eine Partnerschaft zwischen Stadt und BI, dann würden wir die nötigen Schritte miteinander beraten und umsetzen – das ist leider nicht der Fall!



## Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V.

Sie verweisen darauf, dass „... viele **Gegenargumente** und **wertvolle Informationen** ... von der **Autobahndirektion** Nordbayern vorgetragen“ wurden: Bitte benennen Sie diese und behaupten Sie sie nicht nur. Die Zeit drängt, in der Sache weiterzukommen. Beispielsweise haben Sie Ihre in diesem Beitrag geäußerte andere Rechtsauffassung über die Unwirksamkeit des 2,9 Mio Euro-Vertrags uns nie dargelegt. Wir wiederum hätten Ihnen unsere Überlegungen überzeugend darstellen können.

Was haben Sie umgekehrt mit den Argumenten der BI gemacht? Unsere kritischen Fragen sind nicht weiterbearbeitet, geschweige denn in konkreten Widerstand gegen den Trog umgemünzt worden, wozu der Bürger die Stadt im Bürgerentscheid verpflichtet hat.

Im Gegenteil, Sie wischen sämtliche Argumente der BI hinweg, indem Sie auf die Zuständigkeit der Bundes- oder Landesbehörden verweisen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt negieren. Wir haben aber eindeutig Handlungsfelder der Stadt benannt.

„Lange bevor die BI **den nun erreichten Elan** gegen das Projekt...“: Darin steckt die Unterstellung, die Bürger hätten früher keinen oder zu wenig Elan gezeigt. Im Umkehrschluss heißt das, dass Sie den starken Elan der Bürger gegen den **„gefundenen Kompromiss“** in den letzten Jahren nicht wahrgenommen haben, der sich darin äußerte, dass erst 10.000 Unterschriften gesammelt, Veranstaltungen organisiert, Informationsstände gemacht, übers Internet informiert wurde sowie viele Einwendungen gegen den Planfeststellungsbeschluss und Briefe an Verantwortliche geschrieben worden sind. Außerdem zog die BI sofort nach ihrer Gründung vor das Bundesverwaltungsgericht, während die Stadt dort nicht ihre Interessen und die ihrer Bürger zu vertreten für nötig hielt. Die BI hatte damals wie heute auf die Defizite der Planung hingewiesen – und darüber stets die Stadt Würzburg informiert.

Sie lassen uns im Schlusssatz wissen: „Die Stadt Würzburg ... verbietet sich ... allzu **einfach gestrickte Täuschungsmanöver** im Stile des jüngsten Presstextes der Initiative, der ... **falsche Hoffnungen** weckt.“ – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir sind uns keiner Täuschung bewusst! – Statt mit uns zu reden, diskreditieren Sie hier öffentlich die Bürgerinitiative und die Bürger, als deren Partner Sie sich ausgeben. Wir sind darüber sehr betroffen und enttäuscht.

Mindestens genauso enttäuscht sind wir aber darüber, dass Sie den Antrag an die Regierung von Unterfranken auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses für den Trogausbau A 3 nicht mit Nachdruck verfolgen.

Wir fordern Sie auf, gerichtlich gegen den Freistaat Bayern eine Untätigkeitsklage zu erheben, um den Regierungspräsidenten zur Erfüllung seiner geschuldeten Aufgabe zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Kraus  
1. Vorsitzender

Dagmar Dewald  
Sprecherin

Johanna Paul  
Sprecherin